

Halle'sches Tageblatt.



Ercheint täglich Nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis vierteljährlich für Halle und durch die Post bezogen 2 Mark.

Ausgabe und Annahmestellen für Inserate und Abonnements bei Ang. West, Leipzigerstraße 8. Rob. Cohn, gr. Steinstraße 73. M. Annenbergs, Geißstraße 67.

Inserationspreis für die viergepalte Corposzeile oder deren Raum 15 Bg.

Reclamen vor dem Tageskalendar die drei-gepalte Corposzeile oder deren Raum 40 Bg.

Ämtliches Verordnungsblatt für die Stadt Halle.

Im Selbstverlage des Magistrats der Stadt Halle.

Nr. 135.

Sonabend, den 13. Juni 1885.

86. Jahrgang.

Ämtlicher Theil.

Tagesordnung

für die

Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung.

Montag, den 15. Juni cr., Nachmittags 4 Uhr.

Defensiv-E Sitzung.

- Genehmigung des Verkaufs zweier Abschnitte von Kommunalwegen im Gebiete des nordöstlichen Bebauungsplanes;
- Benützung der Mittel zu Erneuerungen und Reparaturen der Fenster des Rathstellersgebäudes;
- Erhöhung der Anschlussgebühren für neue Kanalsysteme in den noch nicht völlig ausgebauten Straßen;
- Genehmigung des Projekts und Anschlages zum Bau einer Bürgerkinderschule an der Charlottenstraße;
- Nachbewilligung von Etatüberschreitungen bei der Gottesackerkaffe pro 1884/85;
- Verkauf städtischen Terrains am Zinsgartenstraßen-Durchbruch;
- Terrainaustausch zwischen dem Grundstücke der städtischen Arbeitsanalt und dem Grundstücke vor dem Steinhof Nr. 1;
- Wittheilung der Entscheidung des Bezirksausschusses in dem Enteignungs-Verfahren gegen den Zimmermeister Wertzer;
- Regulierung der Vorgartenlinie auf der Westseite der Deffauerstraße von der Ackerstraße bis zur Aktienbrauerei;
- Genehmigung einer Entscheidung für das vom Grundstücke Schulgasse Nr. 2a zur Verbreiterung der Straße abgetretene Terrain;
- Nachbewilligung von Etatüberschreitungen bei der Hospitalkasse pro 1884/85.

Geschlossene Sitzung.

- Definitive Anstellung von 4 Elementarlehrern zum 1. Oktober 1885.

Der Vorsitz der Stadtverordneten-Versammlung. Gneiff.

Bekanntmachung.

Wegen Ausführung eines Kanalbaues wird der Leipzigerplatz zwischen den Grundstücken der goldenen Regel und dem Ruffischen Hofe vom 15. d. Mts. ab bis zur Fertigstellung der betreffenden Arbeiten für den Fahr- und Fußverkehr (excl. der Straßenbahn) gesperrt. Halle a. S., den 11. Juni 1885.

Die Polizei-Verwaltung.

Ausschreibung.

Die Neupflasterung des Marktplatzes von Kleinschmieden bis zur großen Klausstraße, veranschlagt zu 3600 Mk., wovon für diese Ausschreibung 947,45 Mk. in Betracht kommen, soll im Wege der Wettbewerzung vergeben werden.

Angebote sind bis zum

17. ds. Mts. Vormittags 10 Uhr

auf dem Stadtbauamt einzureichen, woselbst die Bedingungen aufliegen.

Halle a. S., den 12. Juni 1885.

Der Stadtbaurath.

Lohausen.

Bekanntmachung

wegen Ausreichung der Zinsheine Reihe IV. zu den Prioritätsobligationen der Taunus-Eisenbahn vom Jahre 1844.

Die Zinsheine Reihe IV. No. 1 bis 7 zu den Prioritätsobligationen der Taunus-Eisenbahn vom Jahre 1844 über die Zinsen für die Zeit vom 30. Juni 1885 bis 30. Dezember 1888 werden vom 8. Juni d. Js. ab von der Kontrolle der Staatspapiere hier selbst, Dranienstraße 92, unter rechts, Vormittags von 9 bis 1 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage und der letzten drei Geschäftstage jeden Monats, ausgereicht werden.

Die Zinsheine können bei der Kontrolle selbst in Empfang genommen, oder durch die Regierungs-Hauptkassen, beziehungsweise durch die Kreisämter in Frankfurt a. M., auch bis zum 30. Juni d. J. durch die Bezirks-Hauptkassen in Hannover, Osnabrück und Lüneburg bezogen werden.

Wer die Empfangnahme bei der Kontrolle selbst wünscht, hat derselben persönlich oder durch einen Bevollmächtigten die zur Abhebung der neuen Reihe berechtigen Zinsheine-Anweisungen mit einem Verzeichnis zu übergeben, zu welchem Formulare ebenda und in Hamburg, zu dem kaiserlichen Postamt No. 2 unentgeltlich zu haben sind. Genügt dem Einreicher eine nummerierte Marke als Empfangsbezeichnung, so ist das Verzeichnis einfach, wünscht er eine ausdrückliche Bezeichnung, so ist es doppelt vorzulegen. Im letzteren Falle erhalten die Einreicher das eine Exemplar mit einer Empfangsbezeichnung versehen, sofort zurück. Die Marke oder Empfangsbezeichnung ist bei der Ausreichung der neuen Zinsheine zurückzugeben.

In Schriftwechsel kann die Kontrolle der Staatspapiere sich mit den Inhabern der Zinsheinanweisungen nicht lassen.

Wer die Zinsheine durch eine der obengenannten Provinzial-Kassen beziehen will, hat derselben die Anweisungen mit einem doppelten Verzeichnis einzureichen. Das eine Verzeichnis wird mit einer Empfangsbezeichnung versehen sogleich zurückgegeben und ist bei Ausbändigung der Zinsheine wieder abzuliefern. Formulare zu diesen Verzeichnissen sind bei den gedachten Provinzial-Kassen und den von den königlichen Regierungen in den Ämtsbüchern zu beziehenden sonstigen Kassen unentgeltlich zu haben. Der Einreichung der Prioritätsobligationen bedarf es zur Erlangung der neuen Zinsheine nur dann, wenn die Zinsheinanweisungen abhanden gekommen sind; in diesem Falle sind die Prioritätsobligationen an die Kontrolle der Staatspapiere oder an eine der genannten Provinzial-Kassen mittelst besonderer Eingabe einzureichen.

Berlin, den 6. Mai 1885.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.

S y d o w.

Bekanntmachung.

Die Schließung von Schulen bei ansteckenden Krankheiten.

Zur Beseitigung von Zweifeln in Betreff der Schließung von Schulen bei ansteckenden Krankheiten bestimmen wir unter Verweisung auf die Vorschriften in § 14 des durch die Allerhöchste Ordre vom 8. August 1835 genehmigten Regulativs über die sanitätpolizeilichen Vorschriften — G. S. S. 240 — und auf das Gutachten der Abtheilung für Medizinal-Angelegenheiten im Ministerium der geistlichen u. Angelegenheiten vom 26. October 1866 — Centralblatt für die geamte Unterrichts-Verwaltung in Preußen, Jahrgang 1867 S. 113 — sowie unter Verweisung einer Anweisung zur Verhütung der Uebertragung ansteckender Krankheiten durch die Schulen, Folgendes:

Ueber die Schließung einer Schule auf dem Lande und in Städten, welche unter dem Landrath stehen, hat der Landrath unter Zuziehung des Kreisphysikus zu entscheiden.

Von jeder Schließung hat der Landrath dem Kreis-Schulinspektor Wittheilung und der vorgelegten Schulaufsichtsbehörde Anzeige zu machen.

In Städten, welche nicht unter einem Landrath stehen, ist über die Schließung der Schulen von dem Polizeiverwalter des Ortes nach Anhörung des Kreisphysikus und des Vorsitzenden der Schul-Deputation zu entscheiden. Die Schließung ist durch den Ortschulinspektor zur Ausführung zu bringen und gleichzeitig von derselben der Schulaufsichtsbehörde Anzeige zu erstatten.

Berlin, den 14. Juli 1884.
Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten. In Vertretung: von Gohler. Herrfurth.

Anweisung

zur Verhütung der Uebertragung ansteckender Krankheiten durch die Schulen.

- Zu den Krankheiten, welche vermöge ihrer Ansteckungsfähigkeit besondere Vorschriften für die Schulen nöthig machen, gehören:
 - Cholera, Ruhr, Malaria, Mäheln, Scharlach, Diphtherie, Pocken, Flecktyphus u. Rückfalltyphus,
 - Unterleibstypthus, contagiose Augenentzündung, Krätze und Keuchhusten, der letztere, sobald und so lange er transmittirt auftritt.
- Kinder, welche an einer in Nr. 1 a oder b genannten ansteckenden Krankheit leiden, sind vom Besuch der Schule auszuschließen.

- Das Gleiche gilt von gesunden Kindern, wenn in dem Hausstande, welchem sie angehören, ein Fall, der in Nr. 1 a genannten ansteckenden Krankheiten vorkommt, es müßte denn ärztlich bescheinigt sein, daß das Kind durch ausreichende Absonderung, von der Gefahr der Ansteckung geschützt ist.
- Kinder, welche gemäß Nr. 2 oder 3 vom Schulbesuch ausgeschlossen worden sind, dürfen zu demselben erst dann wieder zugelassen werden, wenn entweder die Gefahr der Ansteckung nach ärztlicher Bescheinigung für beseitigt anzusehen, oder die für den Verlauf der Krankheit erfahrungsmäßig als Regel geltende Zeit abgelaufen ist.

Als normale Krankheitsdauer gelten bei Scharlach und Pocken sechs Wochen, bei Malaria und Mäheln 4 Wochen.

Es ist darauf zu achten, daß vor der Wiederzulassung zum Schulbesuch das Kind und seine Kleidungsstücke gründlich gereinigt werden.

- Für die Beobachtung der unter Nr. 2-4 gegebenen Vorschriften ist der Vorsteher der Schule (Direktor, Rektor, Hauptlehrer, erster Lehrer, Vorsteherin u. c.), bei einlässl. Schulen der Lehrer (Lehrerin) verantwortlich. Von jeder Ausschließung eines Kind vom Schulbesuche wegen ansteckender Krankheit — Nr. 2 und 3 — ist der Ortspolizeibehörde sofort Anzeige zu machen.

Aus Pensionaten, Konvikten, Alumnaten und Internaten dürfen Zöglinge während der Dauer oder unmittelbar nach dem Erlöschen einer im Hause aufgetretenen ansteckenden Krankheit nur dann in die Heimath entlassen werden, wenn dies nach ärztlichen Gutachten ohne die Gefahr einer Uebertragung der Krankheit gechehen kann und alle vom Arzte etwa für nöthig erachteten Vorsichtsmaßregeln beobachtet werden. Unter denselben Voraussetzungen sind die Zöglinge auf Verlangen ihrer Eltern, Vormünder oder Pfleger zu entlassen.

- Wenn eine im Schulhause wohnhafte Person in eine der unter Nr. 1a und 1b genannten, oder eine außerhalb des Schulhauses wohnhafte, aber zum Hausstande eines Lehrers der Schule gehörige Person in eine der unter Nr. 1a genannten Krankheiten verfällt, so hat der Haushaltungsvorstand hiervon sofort dem Schulvorstande (Kuratorium) und der Ortspolizeibehörde Anzeige zu machen. Die letztere hat, wenn möglich unter Zuziehung eines Arztes, für die thunlichste Absonderung des Kranken zu sorgen und über die Lage der Sache, sowie über die von ihr vorläufig getroffenen Anordnungen dem Landrathe (Amtshauptmann) Bericht zu erstatten. Der Landrath (Amtshauptmann) hat unter Zuziehung des Kreisphysikus darüber zu entscheiden, ob die Schule zu schließen oder welche sonstige Anordnungen im Interesse der Gesundheitspflege zu treffen sind. In Städten, welche nicht unter dem Landrathe (Amtshauptmann) stehen, tritt an die Stelle des letzteren der Polizeiverwalter des Orts.

Diese Vorschrift gilt auch für die in Nr. 6 bezeichneten Anstalten.

- Sobald in dem Ort, wo die Schule sich befindet, oder in seiner Nachbarschaft mehrere Fälle einer ansteckenden Krankheit (No. 1) zur Kenntniß kommen, haben Lehrer und Schulvorstand ihr besonderes Augenmerk auf Reinhaltung des Schulgrundstücks und aller seiner Theile, sowie auf gehörige Lüftung der Klassenräume zu richten. Insbesondere sind die Schulzimmer und die Bedürfnisanstalten täglich sorgsam zu reinigen. Schulkübeln darf diese Arbeit nicht übertragen werden. Die Schulzimmer sind während der unterrichtsfreien Zeit anbauwendig zu lüften, die Bedürfnisanstalten nach der Anordnung der Ortspolizeibehörde regelmäßig zu desinficieren.

Diese Vorschrift gilt auch für die in Nr. 6 bezeichneten Anstalten und erstreckt sich für diese auf die Wohnungs-, Arbeits- und Schlafräume der Zöglinge.

- Ueber die Schließung von Schulen oder einzelnen Klassen derselben wegen ansteckender Krankheiten hat der Landrath (Amtshauptmann) unter Zuziehung des Kreisphysikus zu entscheiden. Ist Gefahr im Verzuge, so können der Schulvorstand (Kuratorium) und die Ortspolizeibehörde auf Grund ärztlichen Gutachtens die Schließung anordnen. Sie haben aber hiervon sofort ihrer vorgelegten Behörde Anzeige zu machen. Außerdem sind sie verpflichtet,



